



## Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

### Bericht zur Versorgungslage bei Kunststoffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung mündlich und schriftlich über die Versorgungslage mit Rohstoffen der kunststoffverarbeitenden Industrie in Bayern zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Welche Unternehmen in Bayern sind von Versorgungsengpässen mit Kunststoffen betroffen?
- Inwieweit sind die Unternehmen betroffen?
- Welche Auswirkungen haben die Versorgungsengpässe in der Industrie auf die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sowie medizinischen Produkten?
- Was sind die Gründe für die schlechte Versorgungslage, welche Effekte sind insbesondere bei der kunststoffherstellenden Industrie für die schlechte Versorgungslage verantwortlich?
- Wie ist die Versorgungslage bei den verschiedenen Kunststoffen bzw. Rohstoffen?
- Wie wird der Einsatz von Rezyklaten bewertet und können Rezyklate Versorgungsengpässe abmildern?
- Gibt es Engpässe auch bei anderen Produkten der erdölverarbeitenden Industrie?

### Begründung:

Nach Berichten von Unternehmen sowie der Presse wird aktuell das Plastik in Deutschland knapp (u. a. Welt vom 04.03.2021, S. 12: „Deutschland geht das Plastik aus“). Laut der Industrievereinigung Kunststoffverpackungen ist die Lage derzeit extrem angespannt. Bei einer Umfrage des Branchenverbandes berichteten 76 Prozent der Teilnehmer von einer schlechten oder sehr schlechten Versorgungslage. Besonders groß sind die Engpässe offenbar bei Polypropylen, aber auch bei Hart-Polyethylen und Weich-Polyethylen, die alle drei zu den am häufigsten verwendeten Standardkunststoffen gehören und vor allem im Verpackungsbereich eingesetzt werden. Brisant ist die Thematik vor allem deshalb, weil die Versorgung mit Verpackungen auch eine Voraussetzung für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Verbrauchsgütern ist. Dazu zählen aktuell auch insbesondere medizinische Produkte. Der Freistaat sollte daher diesen wichtigen Wirtschaftszweig falls notwendig angemessen unterstützen. Die Staatsregierung soll daher dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung über den Stand der Versorgungslage der bayerischen Kunststoffindustrie und anderer ggf. betroffener Branchen berichten und ihre Maßnahmen zur Unterstützung der Branche erläutern.